



DR. FRANZ LÖSCHNAK  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Nr. 13059 der Befragen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Zl.: 27.002/36-BM/94

Wien, 24. März 1994

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Herrn Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

5939/AB

1994-03-25

zu 5996/3

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. MEISCHBERGER und Kollegen haben am 28. Jänner 1994 unter der Nr. 5996/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Fortsetzung zur Anfrage 5888/J Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Wie können Sie den bemerkenswerten Wandel in der politischen Zuordnung der Tatverdächtigen erklären?
2. Welche konkreten zusätzlichen Fahndungsergebnisse bezüglich der Schändung des jüdischen Friedhofes wurden Ihnen in der Zwischenzeit bekannt?
3. Wieviele Personen wurden im Zusammenhang mit der Schändung des jüdischen Friedhofes in Untersuchungshaft genommen?
4. Werden die Ermittlungen von der SPÖ-Parteizentrale geleitet? Wenn nein, wie erklären Sie die Aussagen von Zentralsekretär Cap, der in diesem Zusammenhang Informationen bekannt gibt, die der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich waren?
5. Muß deshalb angenommen werden, daß die SPÖ-Parteizentrale in die Ermittlungen eingebunden ist? Wenn nein, warum nicht?

- 2 -

6. Gibt es in dieser Angelegenheit einen Informationsaustausch zwischen den ermittelnden Behörden und der SPÖ-Parteizentrale?
7. Gibt es zwischen den heftigen Reaktionen der SPÖ-Parteizentrale auf die Aussagen Ihrer Pressesprecherin Frau Cornelia Zopoth und der darauf folgenden Abschwächung ihrer Aussagen einen Zusammenhang? Wenn nein, warum nicht?
8. Hat Frau Cornelia Zopoth wohlmeinende Ratschläge zu ihren Aussagen in dieser Angelegenheit erhalten? Wenn ja, von wem und welche Ratschläge wurden ihr dabei gegeben?
9. Welche Maßnahmen wollen Sie treffen, damit in Hinkunft nicht nur Ihre SPÖ-Parteizentrale über die Ermittlungsergebnisse in vollem Umfang informiert wird, sondern auch die entsprechenden parlamentarischen Gremien von in Kenntnis gesetzt werden?

Zu dieser Anfrage ist grundsätzlich festzustellen, daß die im Anfragetext enthaltenen Unterstellungen einer parteipolitischen Einflußnahme "sowohl auf die Fahndungsergebnisse, als auch auf offizielle Stellungnahmen des BMI" als falsch zurückgewiesen werden.

Die einzelnen Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Es gab seit Beginn der Amtshandlung keinen Wandel in der politischen Zuordnung zum Rechtsextremismus was die Tatverdächtigen betrifft.

Zu Frage 2:

Die sicherheitspolizeilichen Ermittlungen wurden abgeschlossen, das Verfahren befindet sich zur Zeit im Stadium der gerichtlichen Voruntersuchung und es ist nun Aufgabe der Justiz

- 3 -

allfällige weitere Verfahrensschritte zu setzen bzw. Erhebungsaufträge zu erteilen.

Zu Frage 3:

2 Personen.

Zu Fragen 4, 5 und 6:

Die Ermittlungen wurden von der EBT geleitet. Es war weder die SPÖ-Parteizentrale in die Ermittlungen eingebunden, noch hat es einen Informationsaustausch zwischen der ermittelnden Behörde und der SPÖ-Zentrale gegeben.

Zu Frage 7:

Meine Pressesprecherin mußte ihre Aussagen im Zusammenhang mit der Untersuchung der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt nicht abschwächen, da die entsprechende Mitteilung der Tageszeitung "Die Presse" auf eine Falschmeldung dieses Mediums zurückzuführen ist, die ich in einer Pressesaussendung vom 27. Jänner 1994 richtiggestellt habe. Im übrigen verweise ich auf meine Antwort auf eine schriftliche parlamentarische Anfrage von FPÖ-Abgeordneten (Nr. 5888/J) in der bereits am 17. Februar 1994 darauf hingewiesen wurde, daß der Tatverdächtige "der rechtsextremen Szene zuzurechnen" ist.

Zu Frage 8:

Da meine Pressesprecherin, Frau Cornelia Zoppoth, in ihren tatsächlichen Auskünften die Auffassung des Innenministeriums wiedergegeben hat, wonach es sich bei den Tatverdächtigen um einen Rechtsextremen handelt, hat sie auch nicht "wohlmeinende

- 4 -

Ratschläge" - was immer die Anfragesteller darunter verstehen wollen - erhalten.

Zu Frage 9:

Ich habe in der Vergangenheit mehrmals parlamentarische Gremien über die Ermittlungen in der Angelegenheit der Schändung des jüdischen Friedhofes in Eisenstadt informiert. Weitere Maßnahmen sind vorerst nicht vorgesehen.

Fraus *ll*